

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

D3

Antragsteller: Ortsverein Beverstedt

Wir zahlen nicht für eure Krise : Tag der Abrechnung

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf:

- Einen Gesetzesentwurf zur Einführung eines Sicherungsfonds – ähnlich des Einlagensicherungsfonds – einzubringen, der in zukünftigen Krisen strauchelnde Banken auffängt. Dieser Fonds sollte sich aus einer Steuerabgabe finanzieren, welche auf alle Kapitaltransaktionen erhoben wird (Tobinsteuer).
- Das Bankeninsolvenzrecht zu reformieren, damit Bankhäuser Pleite gehen können, ohne das ganze Finanzsystem mitzureißen.
- Die Fraktion soll außerdem auf die schnellstmögliche Rückzahlung der Rettungsgelder drängen, sowie Mittel und Wege finden, um die Auszahlung der Bankgewinne als Boni oder Dividende zu reglementieren.

Begründung:

Seit eineinhalb Jahren wütet die Finanzkrise, die HRE, die Commerzbank und weitere Banken mussten verstaatlicht oder teilverstaatlicht werden - und genau wie die Landesbanken – bezogen alle enorme Bürgschaften und Hilfgelder in Höhe von 480 Milliarden Euro, für die wir Steuerzahler zahlen und haften.

Erst kam die Krise, die große Koalition reagierte schnell und richtig, indem die HRE gerettet wurde, da sonst das Weltfinanzsystem zusammengebrochen wäre. Die Krise breitete sich auf andere Wirtschaftsbereiche aus, die Arbeitslosigkeit stieg, die Staatsverschuldung noch viel mehr und was geschieht jetzt: Gefeuerte Manager klagen Millionenabfindungen ein, Banken machen erneut Milliardengewinne und Fondsgesellschaften wetten auch noch auf den Zerfall der Staaten, die ihnen in der Not halfen. Das lohnt sich nur für Finanzhaie, nicht für die Gesellschaft. Einige Länder wie Griechenland stehen nah am Abgrund und auch in Deutschland wird die Schuldenlast von Bund und Ländern um knapp 150 Milliarden Euro steigen, während die Einnahmen wegbrechen.

Zuvor haben sich Politiker aller Couleur als Sparmeister profiliert und für 2011 die Schuldenbremse erfunden - wie lächerlich angesichts der von CDU und FDP beschlossenen Rekordverschuldung. Währenddessen setzen Banken übrigens ihre Verluste von der Steuer ab!

Es wird Zeit die Finanzwirtschaft stärker zu regulieren und mit den Verursachern der Krise abzurechnen.

Die Tobinsteuer hielt bereits Einzug in das Wahlprogramm der SPD und findet mit dem französischen Parlament und auch in der Fachwelt, beispielsweise durch den Nobelpreisträger Paul Krugman, zunehmend Anhänger. Ein Steuersatz von 0,05 %, könnte in Deutschland bereits Einnahmen von bis zu 20 Milliarden Euro generieren. Die nächste Krise kommt gewiss und die Banken müssten keine Steuergeschenke mehr erbetteln, sondern sorgen eigenständig vor. Sie dürfen nicht länger darauf vertrauen auf jeden Fall gerettet zu werden. Falls es zu keiner Krise kommt und der

52 Geldtopf anwächst wäre eine Ausschüttung für Zukunftsprojekte im Bereich Bildung
53 und regenerative Energien zur Rückfinanzierung der Bundeshilfen oder als
54 Rückerstattung an die Banken denkbar. Weiterhin belastet die Krise den
55 Staatshaushalt enorm und dies wäre durch Präventionsmaßnahmen, wie den Fonds
56 oder die Änderung des Insolvenzrechts, nicht mehr nötig. Im Moment verliert nicht
57 nur die Bankenbranche durch Bonizahlungen und Arroganz an Ansehen sondern auch
58 die Politik büßt die letzten Körnchen Glaubwürdigkeit ein.
59 Die Bürger fragen sich zu Recht, warum die Regierungskoalition plötzlich soziale,
60 nachhaltige und notwendige Projekte zur Disposition stellt.
61 Die Förderung nachhaltiger Energieerzeugung soll reduziert werden, die
62 Schuldenbremse ist zum Scheitern verurteilt und Hartz IV Empfänger leben angeblich
63 in spätrömischer Dekadenz. Auf der anderen Seite explodiert die Neuverschuldung
64 zu Gunsten von intransparenten, virtuellen Finanzgeschäften, von welchen kein
65 Bürger profitiert, die das Zusammenleben nur belasten und von kaum jemanden
66 nachvollzogen werden. Hingegen erhalten Volksbanken, Sparkassen und andere
67 Finanzhäuser keine Belohnung. Sie kamen dank vorausschauender
68 Unternehmensführung ohne nennenswerte Verluste durch die Krise. Dagegen
69 belohnt der Staat die Verlierer mit Milliardenbürgschaften und die Regierung schießt
70 sich nun lieber auf ALG II Empfänger ein. Das ist einfach nur pervers!

71

72

73

Adressat:

74

- SPD-Bundestagsfraktion

75

- SPD-Parteivorstand

76